



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen** und **Fraktion (SPD)**

### **Kältetod verhindern – Schnelle Hilfe für Wohnungslose**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um die Kommunen bei der Bereitstellung von Unterbringungsmöglichkeiten für Wohnungslose zu unterstützen. Ein kalter Winter steht bevor und die Notfallunterkünfte in den Ballungsräumen sind teilweise bereits jetzt schon hoffnungslos überfüllt. Die Staatsregierung darf die Kommunen mit dieser Problematik nicht allein lassen und sollte sich auch finanziell an der kurzfristigen Schaffung von mehr Plätzen in den Notfallunterkünften beteiligen.

Darüber hinaus soll die Staatsregierung ein dauerhaftes, tragfähiges und finanziell abgesichertes Konzept zur Förderung von Investitionen in die Wohnungslosenhilfe durch den Freistaat vorlegen, um für einen regional bedarfsgerechten und flächendeckenden Ausbau von Beratungs-, Betreuungs-, Wohn- und Beschäftigungsangeboten zu sorgen.

Dieses Konzept sollte vor allem folgende Punkte enthalten:

- Prävention durch die Förderung von Zentralen Fachstellen zur Vermeidung von Wohnungsverlusten in den Kommunen
- Ausbau der ambulanten Wohnbetreuung nach dem SGB XII §§ 67 ff
- Verstärkte Förderung der landesweiten Vernetzung von Unterstützungs- und Präventionsangeboten
- Schaffung von preiswertem Wohnraum: Verstärkte Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Verlängerung der Sozialbindungen, Förderung des Genossenschaftsbbaus, zügige Einführung der Mietpreisbremse bei Wiedervermietungen

### **Begründung:**

Nach Angaben des Sozialministeriums wird die Zahl von Wohnungslosen in Bayern auf 20.000 bis 25.000 Personen geschätzt. Schätzungen der Caritas zufolge leben in Bayern rund 1.000 bis 1.500 Menschen, in München rund 380 ständig auf der Straße. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe rechnet bis 2016 für das gesamte Bundesgebiet mit einem Anstieg der Wohnungslosenzahlen um etwa ein Drittel. Als Gründe für diesen Trend werden das Ansteigen von Mietpreisen, das Schrumpfen des sozialen Wohnungsbestands, die Verarmung der unteren Einkommensgruppen sowie ein unzureichender Ausbau von Fachstellen zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit, an die sich Betroffene bei drohender Wohnungslosigkeit wenden können, genannt.

Die Unterstützungsangebote und Präventionsprogramme sind im Freistaat auf die Ballungsräume konzentriert. Von einem flächendeckenden Netz von Hilfsangeboten für Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht oder betroffen sind, kann keine Rede sein. Der Freistaat beteiligt sich lediglich mit einer im Ländervergleich niedrigen und seit Jahren konstanten Summe von 430,6 Tsd. Euro an einer Verbesserung der Betreuung von Wohnungslosen durch landesweite Koordinierungs- und Vernetzungsmaßnahmen. Die Kommunen sollten bei der Bereitstellung einer Betreuungs- und Beratungsinfrastruktur von Wohnungslosen nicht alleine gelassen werden. Stattdessen sollte sich der Freistaat an dem Ausbau von Beratungs-, Betreuungs-, Wohn- und Beschäftigungsangeboten in Form einer Investitionsförderung beteiligen. Baden-Württemberg stellt für diesen Zweck beispielsweise rund 1,7 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung.